

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 100 (2020)
Heft: 1079

Artikel: Ein Jahrhundertvertrag mit Afrika
Autor: Müller, Gerd
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-914638>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Jahrhundertvertrag mit Afrika

Wie Deutschland und die EU eine neue Zusammenarbeit gestalten.

von Gerd Müller

Nur 14 Kilometer trennen Europa von Afrika, über der Meerenge von Gibraltar kann man das Rif-Gebirge in Marokko sehen. Es ist höchste Zeit, dass wir unserem Nachbarkontinent auch menschlich, politisch und wirtschaftlich näherkommen. Die Aussichten dafür standen nie besser: Die afrikanischen Staaten wollen mit uns enger zusammenarbeiten. Afrikas Volkswirtschaften sind rasant gewachsen, bis 2050 wird seine junge Bevölkerung das grösste Arbeitskräftepotenzial der Welt stellen. Der Kontinent bietet Chancen, die in Europa noch viel zu wenig wahrgenommen werden.

Schwerpunkte einer neuen Zusammenarbeit

Es ist an der Zeit für eine neue Form der Zusammenarbeit mit Afrika – für einen Jahrhundertvertrag auf Augenhöhe. Die EU will die afrikanisch-europäischen Beziehungen mit dem Folgeabkommen für den 2020 auslaufenden Cotonou-Vertrag auf eine neue Grundlage stellen, Deutschland wird in seiner aktuellen EU-Ratspräsidentschaft dazu klare Akzente setzen. Im Zentrum einer neuen Partnerschaft müssen folgende Themen stehen:

Erstens: Ernährung. Ziel eines neuen Vertrags muss es sein, die afrikanische Landwirtschaft produktiver und wettbewerbsfähiger zu machen. Dazu gehört auch, dass wir Europäer unsere eigene Agrarpolitik umsteuern: Die EU muss endlich die verbliebenen Zölle und Quoten vor allem für Agrarprodukte aus Nordafrika abschaffen.

Zweitens: Faire Handelspolitik. Afrika ist weit mehr als ein Kontinent der Rohstoffe, bislang fehlt es allerdings an Wertschöpfung vor Ort. Statt zum Beispiel rohe Kaffeebohnen nach Europa zu exportieren, sollte die Verarbeitung von der Röstung bis zur Veredelung und Verpackung viel stärker vor Ort stattfinden. Das würde auch den innerafrikanischen Handel stärken. Die neue Panafrikanische Freihandelszone kann den entscheidenden Schwung bringen – sie ist mit mehr als 1,2 Milliarden Menschen die grösste der Welt. Europa sollte die Abschaffung der Binnenzölle in Afrika mit einem ehrgeizigen Fahrplan hin zu einem fairen Freihandelsabkommen unterstützen. Dabei muss sichergestellt werden, dass soziale und ökologische Mindeststandards, wie das Verbot von Kinderarbeit, bei der Produktion zur Norm werden.

Drittens: Private Investitionen. Für Handel und Wertschöpfung braucht es Unternehmen, die in Afrika verantwortungsvoll

investieren. Derzeit machen sich vor allem chinesische und russische Investoren die Gründerstimmung zunutze; europäische Unternehmen müssen Anschluss halten! Um Anreize für Investitionen afrikanischer und europäischer Unternehmen zu schaffen, hat Deutschland einen Entwicklungsinvestitionsfonds mit bis zu einer Milliarde Euro aufgelegt. Jede Investition setzt allerdings voraus, dass die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen stimmen: Bürokratische Hürden, schlecht funktionierende Institutionen, Korruption und Misswirtschaft behindern noch viel zu oft Investitionen. Die EU sollte starke Anreize für Reformen setzen – und Eigenverantwortung, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und den Kampf gegen Korruption noch viel gezielter fördern. Deutschland geht mit seinem Marshallplan mit Afrika genau diesen Weg.

Viertens: Klima und Energie. Ob wir die Erderwärmung stoppen können, entscheidet sich massgeblich in Afrika: 600 Millionen Menschen besitzen noch keine Steckdose. Bekämen sie alle Strom auf Basis von Kohle, müssten in Afrika hunderte Kohlekraftwerke gebaut werden. Keine noch so ambitionierte Klimastrategie in Europa könnte das kompensieren. Die Antwort muss daher eine ehrgeizige Technologieoffensive für erneuerbare Energien in Afrika sein. So schaffen wir Arbeitsplätze und leisten einen wichtigen Beitrag zur Energiewende. Das ist auch eine Investition in unsere eigene Zukunft. Gerade Unternehmen aus Deutschland oder der Schweiz können sich mit ihrer Kompetenz bei Wasser-, Solar- und Bioenergie gewinnbringend engagieren: In der marokkanischen Stadt Ouarzazate errichten wir etwa die erste grosstechnische Anlage, um mit der Sonne Afrikas günstig grünen Wasserstoff und Methanol zu produzieren.

Ein Jahrhundertvertrag dieser Grössenordnung lässt sich nicht von heute auf morgen umsetzen. Das Wichtigste ist der politische Wille auf beiden Seiten. Eines ist heute schon klar: Profitieren werden wir alle! ◀

Gerd Müller

ist seit 2013 deutscher Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Er ist Mitglied der Christlich-Sozialen Union (CSU).